

NEWSLETTER SPD SCHWEINFURT

ARTIKEL IN DIESER AUSGABE:

Aus dem Stadtrat - 2
SPD vor Ort - 4
SPD Bayern - 5
SPD Bund - 7
Glosse - 8
Termine - 9



WENN WIEDER VIEL AUF DEM SPIEL STEHT

Bundestagswahl 2025

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Beginn des Jahres 2025, bringt die SPD Schweinfurt einen neuen Newsletter heraus. Im Februar werden wir einen neuen Bundestag wählen und im nächsten Jahr stehen Kommunalwahlen an. Es gibt also viele Themen, über die wir gerne informieren wollen.

Wir hoffen, dass Ihnen der Newsletter gefällt. Falls nicht, sagen Sie es uns bitte, konstruktives Feedback ist wichtig.

Ihr Redaktionsteam

Kathi Petersen, Marianne Prowald, Robert Grünewald
Newsletter@spd-schweinfurt.de

AUS DEM STADTRAT

Text & Foto von Kathi Petersen

Die Gewerbesteuereinnahmen sinken seit Jahren, aber die Ausgaben steigen. Und da z.B. in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen (Maxbrücke, Leopoldina-Krankenhaus, Klimaschutzmaßnahmen u.a.) zu tätigen sind, wird sich die Haushaltslage in nächster Zeit nicht verbessern.

In meiner Rede zum Haushalt 2025 habe ich deshalb gefordert, eine Zukunftsperspektive für die Stadt zu entwickeln und bei den Ausgaben künftig entsprechend Prioritäten zu setzen.

Für den Kulturbereich wurde von Ralf Hofmann bereits ein Antrag initiiert, den alle demokratischen Fraktionen unterstützten. Überlegungen, bei der freiwilligen Unterstützung für Vereine und Verbände zu kürzen und Sozialstandards abzusenken, habe ich eine klare Absage erteilt.

Wir wollen eine lebenswerte Stadt, in der existenzsichernde Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden, Teilhabe durch Inklusion und Integration gestärkt, ehrenamtliches Engagement unterstützt wird und durch eine attraktive Innenstadt und bewohnerfreundliche Strukturen in den Stadtteilen Kontakte und Zusammenhalt gefördert werden.

Damit die Daseinsvorsorge finanziert werden kann, ist auch der Freistaat gefordert. Die von Söder versprochenen 60 Mio.€ sind maximal ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Gelder teilweise schon früher zugesagt wurden, teilweise für Projekte erst beantragt

werden müssen.

So handelt es sich z.B. bei der Förderung des Bürgerparks im Areal der ehemaligen Ledward-Kaserne, um einen Betrag aus Fördertöpfen für Konversionsflächen. Diese Förderung wurde schon zuvor zugesagt und hat nichts mit der aktuellen Situation zu tun.

Ebenfalls schon zugesagt ist die Förderung der Erschließung der Conn Barracks.

Schließlich wurde in die Gesamtsumme auch die Verlagerung von Behörden eingerechnet, die zum einen keine Transformationshilfe darstellt und zum anderen auch schon lange angekündigt war. Zudem handelt es sich auch um keine echte Transformationshilfe, da in dem Betrag auch schlicht schon angekündigte Behördenverlagerungen eingerechnet wurden.

Natürlich ist es positiv, dass Schweinfurt nun die Aufmerksamkeit der Staatsregierung hat. Auch sind die angekündigten 60 Mio.€ absolut zu begrüßen, aber es kann sich dabei nur um einen zaghaften Anfang handeln. Die Herausforderungen, vor denen Schweinfurt heute steht, sind zu groß, als dass man hier auf halber Strecke stehenbleibt. Hier hat die Staatsregierung ihren Pflichten noch ernsthaft nachzukommen.

Würde z.B. Bayern bei den Kitas, Schulen und Krankenhäusern seinen Anteil endlich bezahlen, statt quasi Almosen zu verteilen,

AUS DEM STADTRAT

Text & Foto von Kathi Petersen

wäre der Stadt viel mehr geholfen.

Wir suchen im Stadtrat immer nach konstruktiven Lösungen für örtliche Probleme, die Menschen in Schweinfurt beschäftigen. So haben wir uns bei einem „Fraktion vor Ort“-Termin an der Eselshöhe mit etwa 70 Anwohnerinnen und Anwohnern getroffen, die seit kurzem ihre Gehwege zum Be- und Entladen nicht mehr befahren durften. Joachim Schmidl und Johannes Petersen haben durch ihre Anträge erreicht, dass die Ausnahmegenehmigungen nun doch wieder gelten.

Etlicher Unmut herrscht derzeit über den Busverkehr. Gleich drei große Veränderungen gibt es seit Neujahr bei unseren Stadtbussen. „Uns war klar, dass diese immer wieder überprüft und nachgebessert werden müssen“, so Johannes Petersen, SPD-Stadtrat und Aufsichtsratsmitglied. Die ersten Tage mit dem Verkehrsverbund, mit neuem Bezahlsystem und neuer Linienführung und Taktung haben gezeigt:



es gibt viele Punkte, über die man noch sprechen muss.

Johannes Petersen betont: „Natürlich brauchen wir Veränderungen in unserem ÖPNV, damit wir für die Nutzer auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb haben wir als SPD sowohl den Beitritt zum Verkehrsverbund als auch Änderungen bei Taktung und Linienführung grundsätzlich begrüßt. Wir haben darauf gedrängt, dass, falls nötig, Nachbesserungen gemacht werden müssen. Dies ist bereits jetzt der Fall“, so Petersen.

Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Dringlichkeitsantrag gestellt, um all diese Themen im nächsten Stadtrat öffentlich zu beraten. Insbesondere soll über die Standorte der Haltestellen, die Linienführung, die Verfügbarkeit von Prepaidkarten und über eine Nachfolgeregelung für das Sozialticket gesprochen werden.

Insgesamt setzt sich die SPD-Fraktion für eine Stärkung des Nahverkehrs ein. „Wir brauchen einen guten öffentlichen Nahverkehr. Daran müssen wir jetzt auch arbeiten. So sollte doch mit dem Verkehrsverbund das Versprechen der Staatsregierung nach einem 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler, ein CityTicket mit Zusammenarbeit der Bahn und vieles mehr möglich sein“, davon zeigt sich die Fraktion überzeugt.

SPD-Stadträtin Kathi Petersen: „Wir brauchen schnell eine Umsetzung des Sozialtickets!“

SPD VOR ORT

Text & Foto OV Bergl-Oberndorf

Klaus Schuler und Tanyel Taş eröffneten als Vertreter des Leitungsteams des Ortsvereins die Weihnachtsfeier und begrüßten Mitglieder und als spezielle Gäste die Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätten im Bereich des Ortsvereins Bergl-Oberndorf. Mit deren Ehrung möchte der Ortsverein Dank und Anerkennung für die schwierige Arbeit in Erziehungseinrichtungen vom Hort über Kindertagesstätten und Schulen zum Ausdruck bringen und dies ganz persönlich für die Personen, die im Bereich des Ortsvereins täglich ihren Einsatz bringen. Kulturell wurde die Feier durch ein gemeinsames Winter-Weihnachtslied und eine von Ute Eller vorgetragene Weihnachtsgeschichte bereichert. Dem folgte ein Vortrag der Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Kathi Petersen, in dem sie adventliche Überlegungen zur „Legende vom vierten König“ mit der Bedeutung der Arbeit in den Kitas verband.

Im Austausch mit den Kitaleiterinnen wurde deutlich, dass deren Belastung steigt.



Herausfordernde Kinder, Integration und Inklusion seien bei den derzeitigen Gruppengrößen nicht wirklich gut zu lösende Aufgaben. Auch die Elternarbeit beanspruche zunehmend mehr Zeit. Hier könnten niederschwellige Angebote außerhalb der Kitas für Entlastung sorgen. Beklagt wurde, dass in unserem Bildungssystem nicht das einzelne Kind und seine Fähigkeiten im Vordergrund stünden, sondern schon im Kindergarten normgerechte Leistungen zu erbringen seien. Kathi Petersen verwies darauf, dass hier die Politik auf allen Ebenen gefordert sei, für gute Arbeitsbedingungen in den Kitas zu sorgen. Sie erklärte, dass der Schweinfurter Stadtrat in den jüngsten Haushalteberatungen keine Kürzungen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit beschlossen habe. Sie und Marianne Prowald versprachen sich mit ihrer Fraktion auch in den kommenden Jahren für die notwendigen Mittel einzusetzen, inklusive einen Defizitausgleich für die Kitas. Mit einem Einstellungsstopp in diesem Bereich würden Kita-Mitarbeiter und auch Kinder noch mehr unter der hohen Arbeitsbelastung leiden. Kathi Petersen begrüßte es, dass der SPD-Ortsverein dieses Thema für die Weihnachtsfeier aufgegriffen habe, um den Mitarbeiterinnen der Kitas in seinem Bereich Anerkennung und Dank auszudrücken.

Ehrung der Mitarbeiterinnen
durch den SPD-OV Bergl-
Oberndorf.

SPD IN BAYERN

Text Robert Grünewald & Foto Getty Images

“Wir stehen – davon bin ich überzeugt und das ist wissenschaftlich belegt – an der Schwelle epochaler Veränderungen. Entweder verstehen wir die Warnrufe und handeln, oder wir werden langfristig mit dramatischen Folgen konfrontiert. Dem Klima ist es völlig egal, ob wir dies annehmen und handeln. Ob uns das aber egal sein kann, ist zweifelhaft. Denn es sind wir, die am Ende betroffen sind. (...)

Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir uns nicht aus Angst vor Lobbygruppen, vor Leugnern oder vor Ewiggestrigen vor der Verantwortung drücken.”

Das stand in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, Markus Söder (CSU), noch am 21.06.2021. Schwere Unwetter und schlimme Regenfälle suchten damals viele Regionen in Deutschland heim. Welche zerstörerischen Ausmaße der Klimawandel hat, wurde uns allen erneut bewusst. Daher war und ist es auch richtig, wenn wir uns ambitionierte Ziele setzen.

In seiner Regierungserklärung kündigte Söder an, dass Bayern, vor allen anderen Bundesländern, bis 2040 klimaneutral werden solle. Mehr noch, die Staatsregierung wollte mit gutem Beispiel vorangehen und bis 2023 klimaneutral sein. Das Ziel, Bayern bis 2040 klimaneutral zu gestalten, wurde jedenfalls in das bayerische Klimaschutzgesetz aufgenommen (Art. 2 Abs. 2 BayKlimaG).

Nun scheint dieses Ziel klammheimlich durch Söder gekippt worden zu sein, wie der Bayerische Rundfunk berichtet, dem

der Beschluss der Staatsregierung vom November letzten Jahres vorliegt.

Darin heißt es, dass Bayern nun, weil der Bund den Atomausstieg beschlossen habe, erst bis 2045 klimaneutral werden will.

Die Begründung ist irritierend, da der Atomausstieg zum Zeitpunkt der Regierungserklärung, also 2021, schon zehn Jahre zurücklag.

Wir erinnern uns: Das Kabinett Merkel II beschloss, vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die Energiepolitik Deutschlands zu hinterfragen. Es beauftragte eine Ethikkommission, der u.a. Klaus Töpfer (CDU), Alois Glück (CSU), Walter Hirche (FDP) und Klaus von Dohnanyi (SPD) angehörten. Sie empfahlen den Atomausstieg binnen zehn Jahren, also bis 2021. Das Kabinett beschloss den Ausstieg dann bis 2022 und der Bundestag stimmte der notwendigen Gesetzesänderung mit 513 von 600 Stimmen zu. Zugestimmt haben damals z.B. Alexander Dobrindt, Carsten Linnemann oder Dorothee Bär.

Dass nun der längst bekannte Atomausstieg das bayerische Klimaziel verhindert haben könnte, ist somit nicht nachvollziehbar.

Die CSU eher selbst den Ausbau erneuerbarer Energien nach Kräften. So brachte die von ihr beschlossene 10H-Regelung den Neubau von Windkraftanlagen gänzlich zum Erliegen. Von neuen Stromtrassen, die günstigen Strom aus dem Norden nach

SPD IN BAYERN

Text Robert Grünewald & Foto Getty Images

Bayern bringen sollten und deren Bau damals Horst Seehofer noch seinen Segen erteilte, wollte die CSU später nichts mehr wissen. Unterstützt wurde die CSU in ihrer Ablehnung von Hubert Aiwanger, der in gewohnt populistische Manier das Thema für eigene Zwecke bewirtschaftete. Inzwischen hat sich der Wind gedreht, so dass CSU und Freie Wähler die Notwendigkeit neuer Stromtrassen einsehen musste.

Nach der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks, reagierte die Opposition mit Fassungslosigkeit.

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Spitzenkandidat der bayerischen SPD zur Bundestagswahl Carsten Träger erklärte:

„Das ist eine fatale Entscheidung für die Menschen in Bayern und völlig von der Wirklichkeit entrückt. Erst heute hat das EU-Programm Copernicus gemeldet, dass 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der



Temperaturaufzeichnungen war. Nach dem heißen Jahr 2023 sind die globalen Temperaturen noch einmal gestiegen. Und gerade Bayern hat erst im Sommer 2024 einmal mehr unter Starkregen und Hochwasser gelitten. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, aber das geht auch klimafreundlich - wenn man denn will.“

Der SPD-Energieexperte und Mitglied des Landtages, Florian von Brunn, ließ es an Deutlichkeit ebenfalls nicht fehlen:

„Ich finde es peinlich, dass sich Markus Söder und Hubert Aiwanger klammheimlich von den bayerischen Klimazielen verabschieden. Und ihr Handeln mit den Herausforderungen seit dem Atom-Aus begründen. Seriöse Politik geht anders.“

Abschließend noch einmal Markus Söder in seiner damaligen Regierungserklärung:

“Ich möchte mir nicht irgendwann von meinen Kindern oder Enkelkindern den Vorwurf machen lassen, dass wir uns aus Bequemlichkeit oder Angst nicht getraut haben, voranzugehen, obwohl wir eigentlich wussten, dass wir mehr hätten tun müssen.“

Dem Vorwurf wird er sich wohl stellen müssen.

“Seriöse Politik geht anders.”
Florian von Brunn

SPD IM BUND

Text & Foto von Markus Hümpfer

Ich werde oft gefragt, warum man die SPD wählen sollte. Meine Antwort dazu lautet immer, weil man die Wahl hat.

Wie bei jeder Wahl, so haben wir bei dieser Bundestagswahl auch wieder - zum Glück - die Möglichkeit, jener Partei unsere Stimme zu geben, die uns am meisten entspricht.

Manche Parteien sagen, dass es uns schlecht gehen würde, weil Menschen im Bürgergeld nicht arbeiten wollen oder weil zu viele Menschen aus anderen Ländern bei uns sind. Jene Parteien sagen uns, dass wir diesen Menschen etwas wegnehmen müssen, sie schlechter behandeln sollten, damit es uns besser geht. Bei der Wahl der Mittel scheint die Phantasie grenzenlos zu sein.

Wieder andere Parteien meinen, dass unser Glück von einem Hoffnungsträger allein abhängt oder dass der Kapitalismus der Ursprung allen Übels wäre.

Schließlich gibt es noch Parteien, die gegen alles sind. Gegen den Staat, die Menschen und die Demokratie und die uns etwas von Eliten und "Altparteien" erzählen.



Die SPD sollte man wählen, wenn es einem nicht egal ist, wie die schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft behandelt werden, wie sie ihr Leben bestreiten und welche Lebenschancen sie haben.

Die SPD sollte wählen, wer die Überzeugung hat, dass wir alle füreinander verantwortlich sind und wir uns gegenseitig helfen sollten.

Die SPD sollte man wählen, wenn das Wort Freiheit nicht nur für wenige Menschen gelten soll, sondern für alle gleichermaßen.

Natürlich könnte ich nun aufzählen, was die SPD in den letzten Jahren alles erreicht hat. Aber, wenn es um die Frage geht, welche Partei ich wähle, kommt es viel mehr darauf an, was ich für ein Menschen- oder Weltbild habe.

Wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität meine Grundpfeiler sind, dann wird es mir nicht entsprechen, wenn ich Parteien wähle, die andere Menschen ausschließen, unsere freiheitliche Demokratie abschaffen oder unsere bürgerlichen Freiheiten einschränken wollen, selbst dann nicht, wenn es mir dann besser gehen würde.

Die SPD ist die Partei, die meinem Menschen- und Weltbild entspricht, darum werde ich sie wählen.

Markus Hümpfer, Kandidat bei der Bundestagswahl 2025 für Schweinfurt

GLOSSE

Text von Robert Grünewald

Liebe Leserinnen und Leser, wenn die vorgezogene Neuwahl für etwas gut ist, dann für die durchaus wichtige Erkenntnis, dass unser größtes Problem die Bürokratie ist. Keine Wahlkampfrede, keine wirtschaftswissenschaftliche Analyse und keine klagende Pressemitteilung vom Verband der Kleiderbügelhersteller kam ohne sie aus, ohne die Klage über die überbordende Bürokratie. Und diese Klage wird zu Recht seit Anbeginn der Existenz der Bürokratie erhoben, aber niemand rafft sich auf, um sie zu bekämpfen. Das ist absolut nicht zu verstehen, es braucht nur gesunden Menschenverstand, eine zupackende Art und das Gemüt eines Fleischerhundes.

Wir bolzen jetzt gemeinsam die wichtigsten Brocken mal weg:

Datenschutz: Es braucht keinen Datenschutz. Es reicht die einfache Regelung, dass niemand meine Daten haben und weiterverarbeiten darf, von dem ich das nicht will. Der Staat darf meine Daten auch nicht haben, es sei denn, dass ich ein Formular ausfüllen muss, bei dem Angaben gefordert sind, die der Staat doch von mir haben muss (Stichwort: Digitalisierung) und ich Geld zu bekommen habe. Das gilt aber nicht, wenn es um eine Sache geht, die mir nicht passt, denn dann darf der Staat mal gar nichts von mir wissen.

Genehmigungsverfahren beim Bau: Dauert alles viel zu lange. Die ganzen Vorschriften braucht man eh nicht.

Jeder darf bauen, was er will, es sei denn, es ist in meiner Nähe (Nähe = im Umkreis von 50km zu meinem Wohnort oder dem

Ort, zu dem ich bei der Sache eine geistige Nähe verspüre) oder stört mein ästhetisches Empfinden (Villen im Toskana-Stil im Berchtesgadener Land gehen gar nicht).

Steuern: Hier ist es zum Glück ganz einfach. Diese ganzen Pauschalen, Höchstgrenzen und Einzelbeträge, bei denen keiner mehr durchblickt, fallen ersatzlos weg. Ausnahme wäre vielleicht das häusliche Arbeitszimmer, da kann man immer mal was absetzen. Versicherungen und Arztkosten sollten auch angerechnet werden. Ist ja sonst auch unfair. Spenden natürlich auch, sonst hätte ich ja nichts mehr von meiner Spende. Machen wir es anders: Ich setze einfach das ab, was man als vernünftiger Mensch absetzt und erkläre es dem Finanzamt, wenn die Fragen haben.

Klimaschutz und Umweltauflagen: Klimaschutz ist wichtig, da müssen wir echt was tun. Umweltauflagen irgendwie auch. Der handlungsorientierte Grundsatz lautet hier, dass sich alles ändern kann, solange es sich nicht allzu sehr auf mich auswirkt und es staatliche Förderungen für mich gibt.

Ich denke, dass wir mit diesen einfachen Regelungen schon einen großen Teil der Bürokratie zur Zufriedenheit aller und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger bewältigt haben dürften.

„Je weniger ›Treu und Glauben‹, desto mehr Gesetze, Vorschriften, desto mehr Kontrolle und Bürokratie, desto mehr Unsicherheit, Mafiosität aber auch.“

—Kurt Marti, Schweizer evangelisch-reformierter Pfarrer und Schriftsteller.

TERMINE

- 21.01.2025 Podiumsdiskussion mit u.a. Markus Hümpfer, MdB über das Thema: "Renaissance der Atomkraft - Wunsch oder Wirklichkeit?" um 18:30 Uhr im Naturfreundehaus, Friedrich-Ebert-Str. 1, 97421 Schweinfurt.
- 23.01.2025 Unterfränkisches Forum für Betriebs- und Personalräte von 16 bis 18 Uhr in der Kolping-Akademie, Kolpingplatz 1, 97070 Würzburg.
- 24.01.2025 Neujahrsempfang SPD Gartenstadt-Theuerbrunnlein-Eselshöhe, 18 Uhr, Christuskirche, Maibacher Straße 50, 97424 Schweinfurt
- 26.01.2024 Kundgebung "Die Uhr tickt für Demokratie" von Schweinfurt ist bunt, 11:55 Uhr auf dem Marktplatz in Schweinfurt
- 08.02.2025 Neujahrsempfang der beiden SPD Kreisverbände Schweinfurt und Schweinfurt-Land u.a. mit den Kreisvorsitzenden Martina Baum und Marietta Eder, Landrat Florian Töpfer und Markus Hümpfer um 15:00 Uhr Pfarrheim Werneck, Balthasar-Neumann-Str. 19
- Jeden Samstag in Schweinfurt: Infostände der SPD an verschiedenen Orten. Demokratie lebt vom Austausch.
- Weitere interessante Veranstaltungen bieten an:
 - Campus der BayernSPD auf www.bayernspd.de/campus/seminarprogramm/
 - Akademie Frankenwarte auf: www.frankenwarte.de/veranstaltungen/index.html

Impressum:
SPD-Kreisverband Schweinfurt-Stadt
vertreten durch die Vorsitzende Marietta Eder
SPD-Büro Schweinfurt
Neutorstr. 16
97421 Schweinfurt
Tel. 0931 51812
E-Mail: Newsletter@spd-schweinfurt.dee